

## Bremer Senat plant eine deutliche Senkung der Abwassergebühren

Entgelt an hanseWasser sinkt aufgrund des niedrigen Zinsniveaus

**Bremens Bürger sollen laut einem Senatsbeschluss vom 1. April dieses Jahres an deutlich weniger für die Entsorgung und Reinigung des Abwassers zahlen. Laut einer Mitteilung der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau bedeutet das für 95 Prozent aller Haushalte, dass die Gebühr um 28 Cent gesenkt wird, von bisher 2,82 Euro auf nun 2,54 Euro pro Kubikmeter.**

Bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 122 Litern pro Kopf bedeute das für einen Vier-Personenhaushalt eine Einsparung in Höhe von rund 50 Euro pro Jahr (bisher rund 500 Euro auf jetzt 450 Euro). Für Industriebetriebe könne das eine Einsparung von bis zu 150.000 Euro bedeuten. „Durch das niedrige Zinsniveau bekommt hanseWasser weniger Geld von der Stadt bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen und höherer Qualität der Leistung. Das dürfte bundesweit einmalig sein“, so Umweltsenatorin Maike Schaefer (Grüne).

Haupteinflussfaktor für die Ermittlung der Gebührensätze sei das an hanseWasser Bremen gemäß der Leistungsverträge zu zahlende Entgelt, das sich über den Bezug an Frischwasser (2020-2022: etwa 80-82 Millionen Euro jährlich) und für 2019 aufgrund des niedrigen Zinsniveaus zum 31.12.2018 deutlich reduziert werden konnte. Dabei entsprächen 16 Cent pro Kubikmeter etwa 5,9 Prozent des Kubikmeter-Preises. Damit lägen die Abwassergebühren sogar 12 Cent unter den Abwassergebühren von 1999 (2,66 Euro).

Das Gebührenaufkommen im Bereich Stadtentwässerung setzt sich aus verschiedenen Einzelgebühren zusammen. Nutzer kleinerer Grundstücke und damit rund 95 Prozent aller

Bremer Haushalte (etwa 180.000) werden nach der Abwassergebühr veranlagt, in der sowohl Kosten für die Schmutzwasser-, als auch Kosten für die Niederschlagswasserbeseitigung abgebildet sind.

**Bürgerschaft soll endgültig am 17. März darüber abstimmen**

Für Grundstücke mit mindestens 1.000 Quadratmetern versiegelter und an den öffentlichen Kanal angeschlossener Fläche gilt eine nach Schmutz- und Niederschlagswasser gesplittete Gebühr. Die getrennte Gebühr stellt sich zukünftig wie folgt dar: Der Kubikmeter Schmutzwasser wird von bisher 2,42 auf 2,21 Euro gesenkt. Nachdem die Niederschlagswassergebühr 2017 noch von 0,72 Euro auf 0,63 Euro pro Kubikmeter abgesenkt werden konnte, musste jetzt eine Anpassung auf 0,79 Euro vorgenommen werden.

Die Schmutzwassergebühr und die Abwassergebühr werden nach Frischwasserbezug (Euro pro Kubikmeter) abgerechnet. Die Niederschlagswassergebühr wird flächenbezogen (Euro pro Kubikmeter) abgerechnet.

Bremens Stadtbürgerschaft sollen die neuen Gebühren dann endgültig am 17. März 2020 beschließen, heißt es weiter. □

### Coronavirus

#### „Übertragung über Trinkwasser unwahrscheinlich“

**Leitungswasser ist nach Darstellung des Umweltbundesamtes (UBA) sehr gut gegen alle Viren, einschließlich des neuartigen Coronavirus, geschützt und kann bedenkenlos getrunken werden. Die Trinkwasseraufbereiter sorgen in einem mehrstufigen Verfahren dafür, dass möglichst alle Krankheitserreger und Schadstoffe aus dem Wasser entfernt werden, teilte das UBA am Freitag mit. Trinkwasser gehöre in Deutschland zu den am besten überwachten Lebensmitteln.**

Die Übertragung des Coronavirus über das Trinkwasser ist der Behörde zufolge unwahrscheinlich. Dass die Versorgung der Menschen in Deutschland mit Wasser zuverlässig und vollumfänglich sichergestellt sei, erklärte auch der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW), Gerald Linke, am Freitag. Dies sei durch die grundsätzlichen Vorkehrungsmaßnahmen und Krisenpläne der Versorger auch in Situationen wie der aktuellen Lage mit der zunehmenden Verbreitung des Corona-Virus gewährleistet.

Bei der Gas- und Wasserversorgung als Teil der kritischen Infrastruktur komme es auch und insbesondere in Krisenzeiten darauf an, dass Abläufe und Mechanismen nicht beeinträchtigt werden und reibungsarm funktionieren, so Linke. Wichtig sei vor allem, dass jene Bereiche dauerhaft mit zuständigem Fachpersonal besetzt seien, die für die Steuerung der Versorgungsprozesse grundlegend und unerlässlich seien. Ein für die Gas- und Wasserbranche verbindliches Regelwerk des DVGW schreibe konkrete Maßnahmen für Krisensituationen fest und sei allgemein anerkannt.

Hohe Sicherheits- und Qualitätsstandards gewährleisten zudem, dass nach aktuellem wissenschaftlichem Kenntnisstand eine Verbreitung des Corona-Virus über die Trinkwasserversorgung ausgeschlossen werden könne, schreibt auch der DVGW. Gegenteilige Erkenntnisse seien nicht bekannt. □

## Wismut optimiert Behandlung von Abwasser in Helmsdorf

**Der bundeseigene Bergbausanierer Wismut optimiert die Abwasserbehandlung Helmsdorf in Zwickau-Crossen. Nach reichlich einem Jahr Bauzeit stehe nun die Hülle einer neuen Anlage; in den kommenden Monaten werde die technische Ausrüstung montiert, teilte das Unternehmen Anfang März mit. Die Anlage könne künftig bis zu 80 Kubikmeter kontaminiertes Wasser pro Stunde reinigen. Die Kosten für den Neubau beliefen sich auf rund zehn Millionen Euro.**

Der Neubau ersetzt eine Anlage, die 1995 in Betrieb ging und radioaktiv sowie mit Arsen kontaminiertes Wasser aus der industriellen Absetzanlage Helmsdorf reinigte. Die Kapazität lag bei bis zu 200 Kubikmeter pro Stunde und ist nur noch zu einem Viertel ausgelastet, hieß es. Künftig müssten aber nur noch kontaminierte Sickerwässer behandelt werden. Der weitere Betrieb wäre langfristig unwirtschaftlich. Deshalb solle nun eine kleinere Anlage zum Einsatz kommen.

In der 200 Hektar großen Absetzanlage Helmsdorf lagern 45 Millionen Kubikmeter radioaktiv belastete Schlämme aus der Uranerzaufbereitung. Nach derzeitiger Planung soll die Sanierung der Anlage 2021 enden.

Die Wismut GmbH mit Sitz in Chemnitz untersteht dem Bundeswirtschaftsministerium. Die Firma ist seit 1991 für die Sanierung der Standorte ihres Vorgängers Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut in den vom Uranerzbergbau geschädigten Regionen in Sachsen und Thürin-

gen zuständig, die am 30. Juni 1990 noch in deren Besitz waren. Dafür will der Bund bis 2045 rund acht Milliarden Euro ausgeben. Bisher hat das bundeseigene Unternehmen für diese Aufgabe rund 6,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt eingesetzt. Das Ende der Kernsanierung ist laut Wismut „an vielen Standorten erreicht oder in greifbarer Nähe gerückt“. (dpa/EUWID) □